

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (9. Jahrgang, Nr. 01, Januar 2015)

Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu
Gottes Lob

Jahreslosung 2015 (aus: Römer 15,7)

Aufgepasst! Aufmerksam bleiben !

Das Freihandelsabkommen TTIP (siehe unser Infoblatt vom August diesen Jahres) muss weiter kritisch betrachtet und die Entwicklung aufmerksam verfolgt werden!! Die konservativen Parteien Europas sind intensive Befürworter dieses Abkommens. In den eher sozial-liberalen oder linken Parteien gab und gibt es viele kritische Stimmen bis hin zur Ablehnung. Unser Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) hatte bisher verlautbaren lassen, dass es dieses Abkommen mit so genannten Streitschlichtungskammern (ordentliche Gerichte sind damit ausgesperrt) mit ihm nicht geben wird. Plötzlich ist davon keine Rede mehr! Im Gegenteil, „wenn alle Staaten so mitmachen, dann können wir nicht zusehen“ meint Gabriel.

Fragen Sie ihre Wahlkreisabgeordneten, wie sie zu TTIP und vor allem zu den außergerichtlichen Verfahren stehen. In Hamburg sind in 2015 Wahlen. Sie können hierdurch Einfluss nehmen, wie es mit TTIP weiter gehen soll. Wir sollten uns stark machen für eine gerechte, ökologische und demokratisch organisierte Wirtschaft.

K.Schaumberg

Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft?

In den 60er Jahren diskutierte man über „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Heute, wo es uns sehr viel besser geht als in den 60er Jahren, diskutiert man über „Mindestlohn“, „Outsourcing“, „Zeitarbeit“, „Leiharbeit“, „prekäre Arbeitsverhältnisse“. Die soziale Marktwirtschaft von damals wird als „rheinischer Kuschelkapitalismus“ (Hamburger Abendblatt vom 25.08.2014) abgetan. „Gewinnmaximierung“ ist das Credo der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Selbst Befürworter dieser Marktwirtschaft warnen: „Gegner des Kapitalismus sind längst nicht mehr vollbärtige Revoluzzer, sondern aggressive Hedgefonds der Wall Street. Ausgerechnet die Nutznießer der freien Märkte ruinieren die Märkte und mit ihnen das Vertrauen in die Marktwirtschaft.“ (aus: Hamburger Abendblatt vom 25.08.2014).

Diese Situation hat sich nach der Wende 1989 weiter zugespitzt. Mein ehemaliger Briefpartner, der verstorbene Soziologie-Professor Henry Meier aus Seattle / USA, wahrlich kein Kommunist, der als Kind während der Nazizeit mit seiner jüdischen Familie aus Dresden in die USA fliehen musste, hat mir unmittelbar nach der Wende geschrieben: „Ich bedaure das Scheitern des Weltkommunismus, denn nun kann der Kapitalismus sein wahres Gesicht zeigen.“ – Oft habe ich seitdem gedacht: Recht hast du, Henry.

Sind wir wirklich ein Land von Aktionären geworden, dass uns täglich über Presse, Funk und Fernsehen die Kursberichte frei Haus geliefert werden müssen? Das erinnert mich sehr an das tägliche Ritual, welches ich als Kind bei meiner Mutter erlebte: Sie hörte täglich die Frontberichte und freute sich, wenn die deutsche Wehrmacht wieder ein Stück Land erobert hatte. – Dabei haben wir bei 80,62 Millionen Einwohnern in Deutschland im Jahre 2013 (lt. Statistischem Bundesamt) gerade mal 4,4 Millionen direkte Aktionäre und weitere 4,2 Millionen Menschen, die ihr Geld anderweitig, z.B. in Investmentfonds anlegen. Das sind insgesamt 10,9 % der Gesamtbevölkerung. In Deutschland gab es 2013 auch 4,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher. Im Jahre 2000 gab es 6,21 Millionen Aktionäre und über 5 Millionen Anleger in Fonds. Doch seit der Bankenkrise ist die Zahl rückläufig. – Und wegen dieser 10,9 % muss ich mir täglich in der Tagesschau die Börsenberichte ansehen! So schleicht sich jeden Abend das Gedanken- gut einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in die bundesdeutschen Wohnzimmer und beeinflusst unser Denken und Handeln, ohne dass wir es merken. Darüber, wie es den 4,4 Millionen Hartz-IV-Beziehern geht, wird weniger berichtet.

Ein Merkmal der neoliberalen Wirtschaftspolitik besteht darin, möglichst alles, was bisher dem Staat – und damit dem Steuerzahler – gehörte, zu privatisieren. Die staatliche Deutsche Bundespost wurde in drei Sparten (Deutsche Briefpost, Paketdienst DHL und Postbank) aufgegliedert und zu Aktiengesellschaften umgewandelt. Ähnlich erging es der Bundesbahn. Geradezu skandalös ist es, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Wohnungsgenossenschaften privatisiert haben. Nun versuchen private Wohnungsgesellschaften aus den Mietobjekten Gewinne zu erzielen, indem sie notwendige Reparaturen unterlassen, Mieten unangemessen erhöhen

oder aufwändige Sanierungen vornehmen, welche die Wohnungen zu Luxusobjekten machen. Das Grundrecht auf angemessenes Wohnen wird mit Füßen getreten. Wohnungen sind zum Spekulationsobjekt geworden.

Und nun will man uns Bürgern ein Freihandelsabkommen (TTIP) schmackhaft machen, von welchem nur die großen Unternehmen profitieren werden, uns Bürgern und Steuerzahlern dagegen werden die Verluste bleiben.

Und was sagen wir Christen, die Kirche und die Diakonie dazu?

Klaus-Rainer Martin

Wenn die Renten schrumpfen

Die Altersarmut wird wachsen. Da hilft nur eine Reform der Reform

Es ist ein offenes Geheimnis. Die deutsche Alterssicherung wird ihrem Anspruch kaum mehr gerecht: Sie sichert immer weniger Menschen im Alter ab. Verantwortlich dafür sind die Rentenreformen unter Alt-Kanzler Gerhard Schröder.

Dabei war es richtig, das Rentensystem auf die demografische Entwicklung einzustellen. Doch das Konzept ist hochproblematisch. Die Rot-Grünen haben das Rentenalter erhöht und gleichzeitig das Rentenniveau gesenkt. Die dadurch entstehende Lücke wollten sie durch eine staatlich geforderte private Vorsorge schließen.

Diese Politik wird viele Ältere in die Armut treiben. Denn das Rentenniveau wird von 53 Prozent des Bruttoeinkommens im Jahre 2000 auf 44,4 Prozent im Jahre 2028 schrumpfen. Trotz staatlicher Förderung haben die meisten Geringverdiener nicht genügend Geld für private Vorsorge. Die Millionen Bürger, die dennoch »riestern«, werden wegen der Nullzinsen nur geringe Wertzuwächse für ihre Ersparnisse erhalten. Den größten Gewinn aus der staatlich geförderten privaten Vorsorge ziehen Banken und Versicherungen, die für Riester-Verträge hohe Provisionen erhalten.

So ist es denn Zeit für eine Reform der Reform. Gerecht wird das Rentensystem erst, wenn nicht in erster Linie die private Vorsorge gestärkt wird, sondern die gesetzliche Rentenversicherung. Und nicht nur dies: Wachsende Armut im Alter lässt sich nur vermeiden, wenn die Renten der Geringverdiener künftig überproportional steigen. Das erfordert eine grundlegende Neuausrichtung des Rentensystems, vor der sich viele Politiker fürchten.

Doch eine Alternative dazu gibt es angesichts der drohenden Altersarmut nicht. Denn der Staat ist in erster Linie den Bürgern verantwortlich - und nicht Banken und Versicherungen.

aus Publik-Forum vom 05.12.2014
von Wolfgang Kessler

Unter www.dags-konvent.de/Diskussionsforum findet man einen Beitrag zum Thema „**Outsourcing**“ von Dr. Martin Deter

Jeder Achte in Hamburg arbeitet mit Zeitvertrag

Hansestadt bei befristeten Jobs bundesweit an der Spitze. Ver.di macht mobil gegen „Befristungswahn“

Die Zahl der befristeten Stellen in Hamburg erklimmt Rekordwerte: 2013 arbeiteten rund 95.000 Hamburger mit einem zeitlich begrenzten Vertrag. Das ist jeder achte Erwerbstätige (12,43 Prozent) in der Stadt, wie aus dem Mikrozensus - ausgewertet von der Gewerkschaft Ver.di - hervorgeht. Gegenüber 2012 nahm die Zahl der befristeten Jobs um 7000 zu. Im bundesweiten Vergleich nimmt Hamburg damit eine Spitzenposition ein. Denn im Schnitt sind auf ganz Deutschland gerechnet nur 7,5 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse zeitlich begrenzt. Ver.di macht nun gegen diesen - aus ihrer Sicht - „Befristungswahn“ mobil. Sie hat mit 60 Betriebs- und Personalratschefs einen „Hamburger Appell“ unterzeichnet in dem konkrete Schritte gegen die Befristung auf Landesebene gefordert werden. Unter anderem haben ihn Betriebsräte der Post, von Karstadt, Lufthansa (Technik), der Asklepios Kliniken und der Hamburg-Port Authority unterschrieben. „Viele befristet Beschäftigte haben mit Unsicherheit am Arbeitsplatz und Problemen bei der Familien- und Lebensplanung zu kämpfen“, sagt Ver.di-Landeschef Berthold Bose. „Mit unserem Appell wollen wir ein Umdenken bei Politik und Wirtschaft einfordern.“

aus: "Hamburger Abendblatt - Die Woche"
vom 13.12.14

DAGS im Internet

Besucht uns auch im Internet unter

www.dags-konvent.de

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, erfahrt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an mathias.mees@web.de

Unsere nächsten Treffen finden statt am 02.02., am 09.03. und am 13.04.2015 jeweils von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg).

Solange die Erde besteht, sollen nicht aufhören Aussaat und Ernte, Kälte und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht

(Monatsspruch Januar 2015 aus 1. Mose 8,22)

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg